

[titel]

Offen auf die Zukunft zugehen.

HAUPTERGEBNISSE AUS DEM NEUESTEN
BERICHT ZUM EUROPA-BAROMETER
SCHWEIZ, WINTER 2005

Projektleitung:
Claude Longchamp, Politikwissenschaftler



Das Wichtigste in Kürze

Die europapolitischen Volksabstimmungen von 2005 haben ein generell offenes Klima in der Schweiz gefördert. Der Wille dabei, einzelne konkrete Projekte zu unterstützen, bleibt aber beschränkt. Von den 5 Optionen, die der Bundesrat für seinen Europa-Bericht prüfen lassen will, ist die Entwicklung des bilateralen Weges unter einem institutionell gesicherten Dach am akzeptiertesten. Ein direkter EU-Beitritt kommt unverändert mehrheitlich nicht in Frage. Das sind die Hauptergebnisse der Winterbefragung des "Europa-Barometer Schweiz", die Ende November 2005 vom Forschungsinstitut gfs.bern bei 1027 stimmberechtigten Personen durchgeführt worden ist.

Das Projekt

Das "Europa-Barometer Schweiz" will relevante Fragen im Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union (EU) aus Sicht der stimmberechtigten Bürgerschaft analysieren. Es leistet dies seit 16 Jahren. 1989 führte das damalige GfS-Forschungsinstitut eine erste entsprechende Befragung zum Binnenmarktprogramm durch. Es folgten zahlreiche Spezialuntersuchungen rund um die Volksabstimmungen zum EWR resp. zu den Bilateralen I. Seit 1993 wird das Europa-Barometer regelmässig realisiert, - aktuell zwei Mal im Jahr, nämlich Ende Mai und Ende November.

Hier wird kurz über die zweite Jahresbefragung 2005 berichtet. Hierfür haben wir zwischen dem 14. und 19. November 1027 stimmberechtigten Person befragt. Ausgewählt wurden sie aus der Gesamtheit der stimmberechtigten Personen, - und zwar so, dass alle Stimmberechtigten mit einem Telefonanschluss die gleiche Chancen hatten, befragt zu werden. Die Daten wurden mittels computergestützten Telefoninterviews erhoben. Der statistische Stichprobenfehler beträgt bei der genannten Stichprobenart und -grösse +/- 3.1 Prozentpunkte, das heisst, ein Wert, der mit 50 % angegeben wird, kann zwischen 46.9 und 53.1 Prozent variieren, wobei kleinere Abweichungen wahrscheinlicher, grössere wenig wahrscheinlich sind.

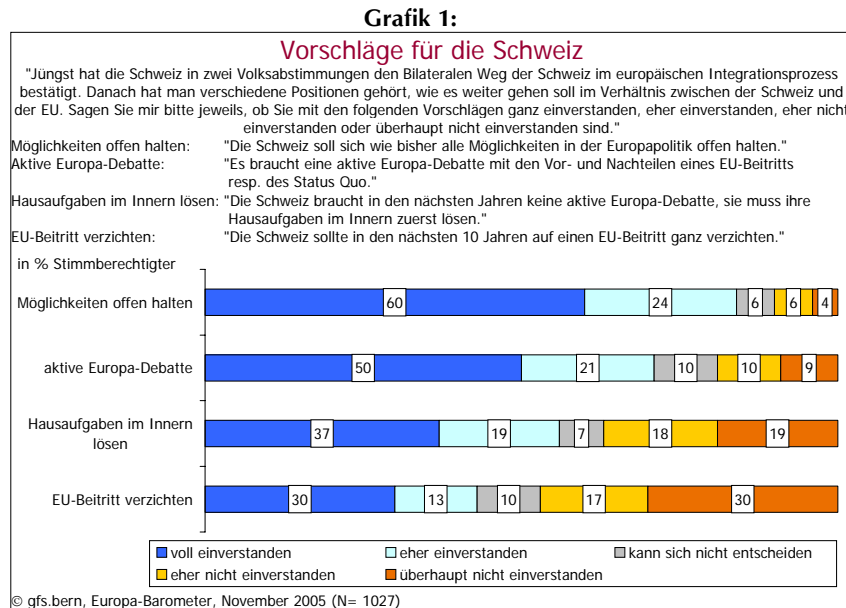
Die Europa-Politik der Schweiz nach den Volksabstimmungen 2005-12-08

2005 konnten sich die Stimmberechtigten gleich zwei Mal zu europapolitischen Vorlagen äussern: am 5. Juni 2005 zu den Abkommen von Schengen und Dublin, und am 25. September 2005 zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit. Beide Vorlagen, die Regierung und Parlament befürwortet hatten, passierten in den Volksabstimmungen mit 55 resp. 56 Prozent Zustimmung. Die Stimmbeteiligung war mit 57 resp. 55 Prozent zwei Mal überdurchschnittlich.

Der Bilaterale Weg der Schweiz wurde damit innenpolitisch zwei Mal gestärkt. Dennoch wurde nach den Volksentscheidungen unübersehbar, dass sich der Bundesrat in der Europa-Frage grundsätzliche Gedanken macht. Neue strategische Optionen wurden

an einer Klausur erörtert, und für 2006 wurde ein umfassender Europa-Bericht angekündigt.

Die politischen Parteien nahmen hierbei verschiedene Positionen ein. Am offensten zeigte sich die SP, die eine aktive Europa-Debatte unter Einschluss aller Möglichkeiten führen will. Im CVP-nahen Zentrum will man sich unvermindert alle Optionen offen halten, ohne sich übermässig zu engagieren. Die FDP favorisiert dagegen, dass die Schweiz nun zuerst die innenpolitischen Probleme löst, bevor sie wieder über die Europa-Politik debattiert, und die europa-kritischste SVP kämpft unvermindert dafür, einen EU-Beitritt zu verhindern, am liebsten mit einem Moratorium.



Die Überprüfung der Akzeptanzen dieser strategischen Ausrichtungen zeigt, dass sich ausser dem 10jährigen Moratorium für einen EU-Beitritt überall positive Mehrheiten ergeben. Bei diesem sind 47 Prozent dagegen und 43 Prozent dafür.

Am akzeptiertesten ist die CVP-nahe Position, die Schweiz solle sich wie bisher alle Möglichkeiten in der Europa-Politik offen halten. 84 Prozent befürworten das bestimmt oder eher, und es sind gerade 10 Prozent ausdrücklich dagegen. So wie von der SP eher gewünscht, befürworten 71 Prozent, dass eine aktive Europa-Debatte geführt werde. 56 Prozent sind eher der Meinung, dass die innenpolitische Flurbereinigung zuerst kommen müsse, wie es auch aus FDP-Kreisen tönt. Stellt man nur auf jene BürgerInnen ab, die sich bestimmt äussern, sind nur die Positionen der CVP und der SP mehrheitsfähig. Sie sind gegenüber der EU generell offen, und je allgemeiner sie in den Folgerungen bleiben, umso akzeptierter sind die Positionen.

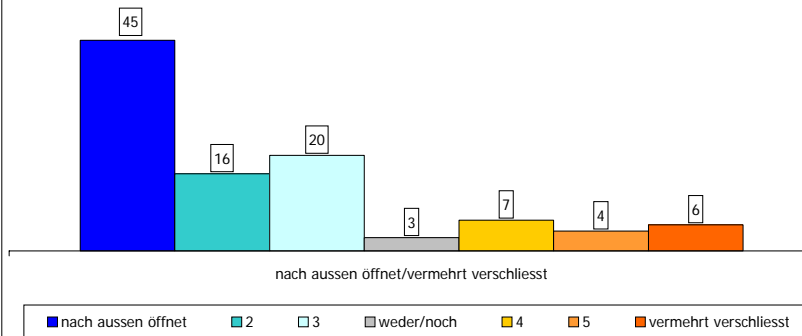
Das hat sehr viel mit dem Wunsch-Bild der Schweiz zu tun, wonach sich die Schweiz gegenüber dem Ausland vermehrt offen solle. 45 Prozent sind eindeutig dieser Meinung, weitere 36 Prozent tendenziell. Eindeutig gegenteiliger Meinung sind nur 17 Prozent. Dabei darf nicht übersehen werden, dass zwischen dem Wunschbild und der Zustimmung zu einer bestimmten Forderung ein erheblicher Unterschied besteht. Sobald man die Öffnung in irgendeine Richtung konkretisiert oder sie auf ein bestimmtes Projekt hin lenkt, sinkt die spezifische Öffnungsbereitschaft in der Regel.

Grafik 2:

Wunsch-Schweiz

"Ich möchte Ihnen jetzt einige Fragen zu verschiedenen Aspekten der schweizerischen Gesellschaft stellen. Bitte sagen Sie mir, was Sie sich für die Schweiz wünschen. Wenn Sie mit dem ersten Teil der Vorgabe übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 1 oder nahe bei 1. Wenn Sie mit dem zweiten Teil der Vorgabe übereinstimmen, wählen Sie die Zahl 6 oder nahe bei 6."
"Möchten Sie eine Schweiz, die sich vermehrt nach aussen öffnet, oder eine Schweiz, die sich vermehrt verschliesst?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Europa-Barometer, November 2005 (N= 1027)

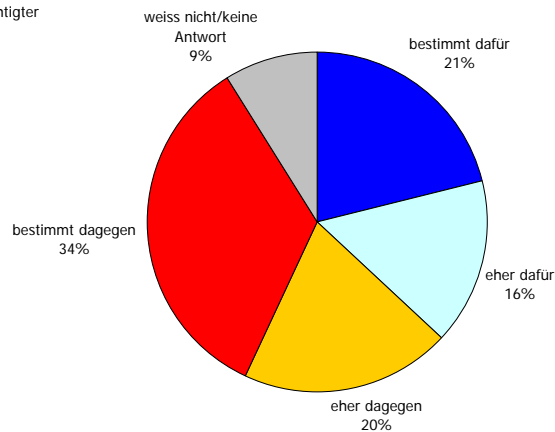
Das zeigt sich aktuell auch daran, dass die beiden europapolitischen Volksabstimmungen von 2005 zwar ein generell öfFnungswilliges Klima begünstigt haben, der EU-Beitritt selber indessen unpopulär bleibt. Würde heute schon darüber entschieden, wären 54 Prozent bestimmt oder eher dagegen, und es wären gerade 37 Prozent bestimmt oder eher dafür.

Grafik 3:

Persönliche Stimmabsicht EU-Beitritt

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an einer solchen Volksabstimmung teilnehmen würden. Wenn heute schon über den EU-Beitritt entschieden würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

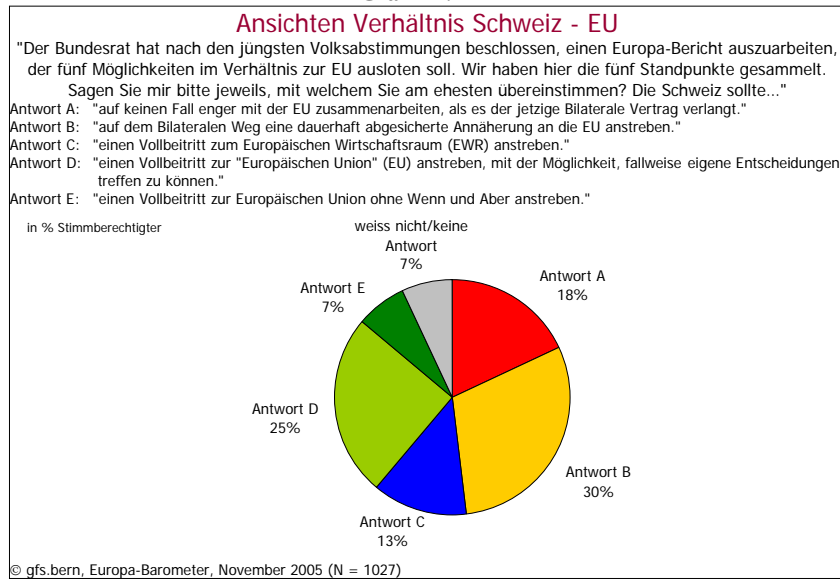
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Europa-Barometer, November 2005 (N = 1027)

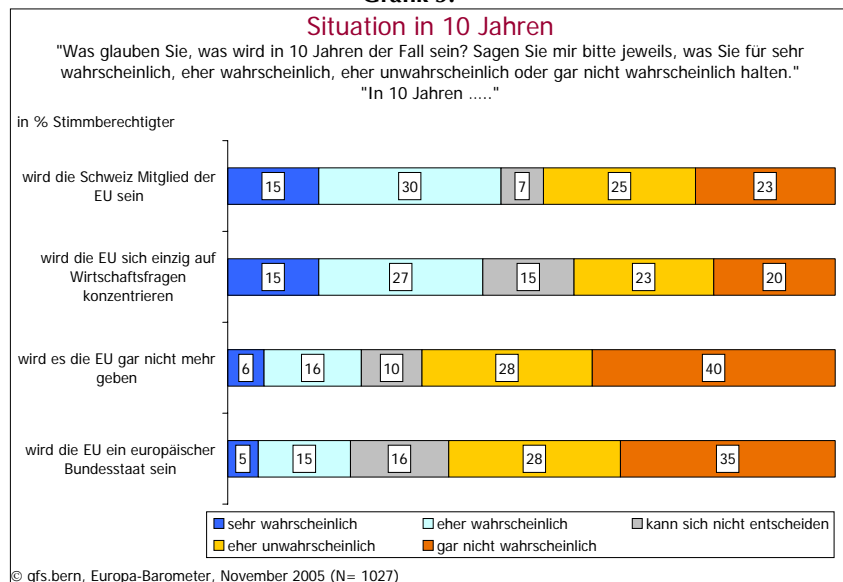
Das kann auch als Fingerzeig genommen dafür genommen werden, dass letztlich die Mehrheit den Bilateralen Weg ganz unabhängig von den konkreten Vorlagen unterstützt. Dies findet sich nicht zuletzt durch die erstmalige Überprüfung der 5 Optionen bestätigt, welche der Bundesrat an seiner Klausur über die kommende EU-Politik der Schweiz diskutiert hat.

Grafik 4:



Die relativ grösste Gruppe findet sich hinter der Position, dass man den Bilateralen Weg mit der EU weiter verfolgen und die diesbezügliche Annäherung in einen dauerhaft gesicherten Rahmen bringen sollte. 3 von 10 Stimmberechtigten sehen das in der ersten Priorität als den richtigen Weg an. Weniger als einen dynamischen Bilateralen Weg, favorisieren nur 18 Prozent in der ersten Option. Eine Neulancierung des EWR-Gedankens befürworteten 13 Prozent, und 32 Prozent sehen die Zukunft in erster Linie in einem Beitritt. Dabei bekommt die vom Bundesrat neu in die Debatte gebrachte Option, einen Vollbeitritt mit fallweisen eigenen Entscheidungen klar mehr Zustimmung (25%) als der Beitritt ohne Wenn und Aber (7%).

Grafik 5:



Ob es in den nächsten 10 Jahren dazu kommt oder nicht, bleibt umstritten, 45 Prozent rechnen damit, dass die Schweiz bis 2015 Mitglieder EU sein wird, während 48 Prozent vom Gegenteil ausgehen.

68 Prozent rechnen nicht damit, dass es bis dann gar keine EU mehr geben wird. Das glaubt nur eine Minderheit von 22 Prozent. Dass die EU jedoch einen Durchbruch zum

europäischen Bundesstaat schaffen, denkt eine Mehrheit von 63 Prozent nicht. Nur jeder Fünfte geht von dieser Perspektive aus. Es rechnen indessen 43 Prozent damit, dass sich die EU vor allem auf Wirtschaftsfragen konzentrieren werde.

Vorläufige Bilanz

1.

Die Bürgerinnen und Bürger haben 2005 ein generell offenes Weltbild, und sie haben das in Volksabstimmungen mehrheitlich bestätigt. Unverändert bleiben sie aber einem EU-Beitritt der Schweiz mehrheitlich ablehnend gegenüber. Der Spielraum, der in der Bevölkerung akzeptiert ist, bleibt damit beschränkt, wenn auch wertmässig in Richtung Öffnung als Abkapselung ausgedehnt.

2.

Das EU-Bild ist dadurch gekennzeichnet, dass die Union als Faktum und als Perspektive mehrheitlich wahrgenommen wird, auch wenn man selber nicht Mitglied sein wird. Nach dem Verfassungsprozess, der mit den Volksabstimmungen in Frankreich und in den Niederlanden ins Sticken geraten ist, glaubt man weniger an die Staatlichkeit der EU, eher noch an die Wirtschaftsperspektive der Union.

3. Im Inland bleibt der Wunsch, sich gegenüber diesen Entwicklungen offen zu zeigen, klar mehrheitsfähig. Mehrheitlich akzeptiert ist es auch, im kommenden Jahre eine aktive Europa-Politik zu betreiben. Dabei haben zwei Optionen, die der Bundesrat prüfen will, die grösste relative Zustimmung: die Entwicklung des Bilateralen Weges in einem institutionell gesicherten Rahmen einerseits, der EU-Beitritt mit fallweise eigenen Entscheidungen andererseits. Beide Optionen sind für sich aber nicht mehrheitsfähig, sodass es weiterhin darauf ankommen wird, welche Protagonisten im Integrationsprozess mit welchen anderen Gruppen Allianzen bilden können.

Bern, 13. Dezember 2005

Der Autor

[Identität]



CLAUDE LONGCHAMP

Politikwissenschaftler.
Institutsleiter, Verwaltungsrat
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,
Parteien, Europäische Integration,
Technologiepolitik, politische Kultur und
politische Kommunikation, Geschichte
und Methoden der Demoskopie.